

Zur Warschauer Außenministerkonferenz

Die 11. (25.) Tagung des Parteivorstandes der SED begrüßt die Beschlüsse der Außenministerkonferenz der acht Mächte vom 24. Juni in Warschau als große Hilfe für das deutsche Volk in seinem Kampf um die Einheit Deutschlands, um seine demokratische Selbstbestimmung und für einen gerechten Frieden.

Beseelt von der Sorge um ihre eigene Sicherheit und um die Sicherheit eines dauerhaften Friedens in Europa, haben die Außenminister der UdSSR, Albaniens, Bulgariens, Jugoslawiens, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei und Ungarns den friedensfeindlichen Charakter der Londoner Empfehlungen entlarvt.

Indem die Westmächte unter Mithilfe der Beneluxstaaten das Ruhrgebiet dem Einfluß des amerikanischen Monopolkapitals unterwerfen, machen sie die Schwerindustrie des deutschen Ruhrgebietes zu einem Werkzeug der militärisch-strategischen Ziele der USA und zu einer Bedrohung des Friedens.

Indem sie den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland verhindern und statt dessen Deutschland ein Besatzungsstatut aufzwingen wollen, durch das die Besetzung Deutschlands auf unabsehbare Zeit verlängert wird, hindern sie den Aufbau eines friedlichen Deutschlands.

Indem sie in den westlichen Besatzungszonen die Entmilitarisierung und Demokratisierung verhinderten, haben sie jenen monopolkapitalistischen Kräften wieder zur Macht verholfen, denen stets der Krieg ein profitables Geschäft war.

Indem sie sich der Einheit Deutschlands widersetzen und ihre Spaltungsabsichten immer mehr verwirklichen, zerreißen sie Deutschland und Europa in zwei Teile und verhindern damit den Aufbau des von den Völkern so heiß ersehnten Friedens.

Die im Interesse der Reichen und unter brutaler Belastung der ärmeren Bevölkerungsschichten durchgeführte separate Währungsreform im Westen ist ein weiterer bedeutender Schritt auf dem Wege zur völligen Spaltung Deutschlands. Sie zeigt, daß die Westmächte